A2

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand Grüne Jugend Bremen (dort beschlossen am: 27.10.2022)

Titel: **Jetzt erst recht: Arbeitsprogramm der Grünen Jugend Bremen 2023**

Antragstext

Die Zeiten sind hart: Nach über zwei Jahren Pandemie, inmitten der ausartenden Klimakrise treffen uns nun steigende Preise bei Energie und Lebensmitteln. Ein Krieg ist in Europa ausgebrochen, der Millionen von Menschen zu Flüchtenden gemacht hat. Als Grüne Jugend stecken wir nicht den Kopf in den Sand, sondern organisieren uns gegen die bestehenden Verhältnisse, die diese Krisen hervorgebracht haben.

Damit das funktioniert, brauchen wir nicht nur eine richtige politische Analyse, sondern vor allem funktionierende Strukturen sowie viele sprechfähige Aktive und Verantwortungsträger*innen. Wir wollen in Bremen als eigenständiger und relevanter politischer Akteur wahrgenommen werden. Im Jahr 2022 haben wir unsere Arbeit weiter professionalisiert, sind mehr geworden und haben damit gute Grundlagen für schlagkräftige politische Arbeit geschaffen.

Auch im Wahlkampfjahr 2023 darf die Weiterentwicklung des Verbands nicht hinten runterfallen! Wir müssen es schaffen, neue Menschen schnell und sinnvoll einzubinden, ihnen mit Bildungsarbeit das notwendige Werkzeug an die Hand geben, um die aktuellen Krisen zu verstehen und ihnen dann die Möglichkeit geben, in der Grünen Jugend Verantwortung zu übernehmen.

Mehr werden ist kein Selbstzweck: Verbandsentwicklung

Wir wollen stabile und funktionierende Strukturen im Verband, die nicht von

Einzelpersonen abhängen – in Bremen und in Bremerhaven. Neue Menschen sollen möglichst einfach und auf unterschiedliche Arten eingebunden werden können, sodass es in ihre individuelle Lebensplanung passt. Gerade junge Menschen aus Gruppen, die wir aktuell noch leider schlechter als andere erreichen (unter 18-jährige, migrantisierte junge Menschen, Auszubildende und junge Arbeitnehmer*innen), sollen zur Grünen Jugend kommen und aktiv werden.

Denn nur mehr Follower oder Teilnehmende bei Veranstaltungen bringen uns wenig, wenn wir sie nicht aktiv in den Verband einbinden können. Besonders wichtig ist uns, Aktive, insbesondere Amtsträger*innen, nicht zu überlasten. Dafür muss Arbeit auf viele Schultern verteilt werden und im Zweifelsfall das „Pensum“ reduziert werden.

Wir wollen die **Ansprache und Einbindung von Neuen** gezielter angehen. Im Landesvorstand soll es dafür eine verantwortliche Person geben. Regelmäßig sollen Neuen- und Interessiertentreffen stattfinden. Der Landesvorstand soll viele **Möglichkeiten für Aktive** schaffen, sich kurzfristig bei Projekten und Aktionen aktiv zu beteiligen, auch ohne ein Amt zu haben. Wir wollen auch 2023 regelmäßige **Freizeit-Angebote** wie ein Winter- und Sommerfest, Kneipen- oder Spieleabende anbieten.

Die **Grüne Jugend Bremerhaven** soll zu einem selbstständig funktionierenden Kreisverband werden. Aus dem Landesvorstand soll daher ca. 1x im Monat jemand an einem ihrer Treffen teilnehmen, Infos weitergeben und unterstützen. Es soll weiterhin gemeinsame Veranstaltungen und Ausflüge der beiden Ortsgruppen geben. Auch bei der Social Media Arbeit und im Wahlkampf soll die GJ Bremerhaven unterstützt werden.

Wir wollen die **Antirassismus-Strategie** des GJ Bundesverbands in Bremen und Bremerhaven umsetzen und Erkenntnisse daraus auch in den Bremer Grünen Vielfaltsprozess einbringen. Auch dafür soll es eine Verantwortlichkeit im Landesvorstand geben.

Das **Team Feminismus** soll sich weiterhin ca. monatlich treffen. Der*die Genderbeauftragte ist im Landesvorstand für das Team verantwortlich. Es soll evaluiert werden, welche Funktion das Team eigentlich erfüllt und ggf. weiterentwickelt werden. Regelmäßig sollen Vernetzungstreffen für FINTA (Frauen, inter, nichtbinäre, trans und agender Personen) stattfinden. Diese sollen eher Freizeitcharakter haben, um einen guten Austauschraum zu schaffen. Bei Bedarf aus dem Team soll der Landesvorstand Förderworkshops oder Bildungsveranstaltungen für FINTA organisieren.

Nach Möglichkeit soll nach der Bürgerschaftswahl und den Koalitionsverhandlungen ein **Bildungsteam** gegründet werden, dass in Zukunft die Bildungsarbeit für die beiden Ortsgruppen mitorganisieren soll. Das Bildungsteam soll auf Grundlage einer **Bildungsstrategie** arbeiten: Wir wollen unsere Bildungsarbeit in Zukunft zielgerichteter aufstellen. Wir müssen uns fragen, zu welchen Themen unsere Aktiven aktuell mehr lernen sollten, und warum. So soll die Bildungsarbeit mit der politischen Arbeit Hand in Hand gehen. Bildungsarbeit in der Grünen Jugend soll interaktiv, niedrigschwellig und möglichst orientiert an unseren Lebensrealitäten und politischen Interessen sein.

Wir wollen unsere Strukturen professionalisieren und dafür gemeinsam mit den Grünen eine bezahlte **Wahlkampfstelle** schaffen. Unser Ziel ist es, diese nach dem Wahlkampf in eine dauerhafte organisatorische Geschäftsführung umzuwandeln.

Krisen verstehen lernen: Bildungsarbeit

Unsere Mitglieder und Aktiven sollen bei der Grünen Jugend die Möglichkeit bekommen, zu aktuellen politischen Themen sprechfähig zu werden und sich fortzubilden. Wir wollen ein gemeinsames Verständnis der jeweiligen politischen Lage entwickeln und die Positionen und Ziele der Grünen Jugend für alle nachvollziehbar und verständlich machen.

Wir wollen uns weiterhin **wöchentlich treffen**. Strukturierte, inhaltliche Workshops sollen im kommenden Jahr ca. 1-2 Mal im Monat stattfinden. Die weiteren Treffen sind dann offen für aktuelle Debatten, praktische Tätigkeiten, Freizeit, Ausflüge oder Reflexion. Zudem wollen wir Schwerpunktthemen über 1-2 Monate festlegen. Diese können in beiden Ortsgruppen parallel bearbeitet werden. Die wöchentlichen Treffen sollen mehr mit der politischen Arbeit der GJ verknüpft werden, z.B. durch einen regelmäßigen „Was passiert gerade in der GJ?“-Bericht. Ausflüge und Führungen sollen weiterhin ca. alle zwei Monate stattfinden, bestenfalls in Zusammenarbeit der beiden Ortsgruppen.

Zudem sollen weiterhin **Bildungsworkshops** auf Landesmitgliederversammlungen stattfinden. Auch Wochenend-Workshops zu Schwerpunktthemen sind denkbar. Wir wollen außerdem größere Bildungsveranstaltungen wie Camps in Zusammenarbeit mit den **norddeutschen GJ-Landesverbänden** organisieren oder unsere Mitglieder daran teilnehmen lassen. In der **ersten Jahreshälfte** ergibt es Sinn, die Bildungsarbeit an den Themen unserer Kampagne zur Bürgerschaftswahl auszurichten. In der **zweiten Jahreshälfte** sollte der Schwerpunkt auf der langfristigen Einbindung neuer Aktiver liegen, sodass hier Grundlagenworkshops zu linken Analysen sinnvoll sind. Auch der Schwerpunkt des Bundesverbands **„Internationalismus“** soll in unserer Bildungsarbeit auf Landesebene umgesetzt werden.

Um Ergebnisse von Workshops für alle Aktiven aufzubewahren, werden wir eine mitgliederöffentliche **Cloud** einrichten.

Gemeinsam mehr erreichen: Bündnisarbeit

Die Grüne Jugend ist aktiv in Bündnissen, um politischen Druck mitzuorganisieren, Forderungen aus Bewegungen aufzugreifen und gemeinsam mehr zu erreichen. Wir wollen gegenüber unseren Bündnispartner*innen mehr als eigenständiger und von der Grünen Partei unabhängiger Akteur wahrgenommen werden, und werden uns entsprechend inhaltlich und strategisch aufstellen.

Wir wollen unsere Mitarbeit in den Bündnissen, deren Teil wir bereits sind, **weiterführen**. Unsere inhaltlichen Schwerpunkte liegen dabei bei Klima- und sozialen Kämpfen.

Mit den **Jusos und der Linksjugend** haben wir in der Vergangenheit schon häufig gut zusammengearbeitet. Auch im Wahlkampfjahr soll diese Zusammenarbeit weitergehen, z.B. mit gemeinsamen Aktionen oder Veranstaltungen zum 8. März und 1. Mai.

Bündnisarbeit soll **nicht nur in der Verantwortung des Landesvorstands** liegen. Auch aktive Mitglieder, die den Verband gut kennen, können und sollen die Grüne Jugend bei Bündnistreffen vertreten.

Bündnisarbeit ist kein Selbstzweck. Neue Bündnisse werden wir nur eingehen, wenn wir sie für strategisch sinnvoll halten und innerhalb unserer Kapazitäten mitarbeiten können. Danach werden wir jede neue Anfrage oder Möglichkeit, die sich ergibt, überprüfen. Dabei werden wir auch die Arbeitsbelastung durch den Wahlkampf miteinbeziehen.

Wir sind hier, wir sind laut: Öffentlichkeitsarbeit

Mit unserer Social Media- und Öffentlichkeitsarbeit wollen wir neue Menschen erreichen und politischen Druck aufbauen.

Das **Social Media Team** soll weiterhin offen für Landesvorstands- und Basismitglieder sein. Eine Umwandlung in ein gewähltes Team ist langfristig denkbar. Wir wollen eine bessere Arbeitsteilung im Social Media Team erreichen und die Verantwortlichkeiten trotz der offenen Struktur klarer machen. Das Social Media Team soll sich häufiger treffen (bei Bedarf und Kapazitäten sogar regelmäßig).

Unseren Schwerpunkt in der Social Media Arbeit legen wir weiterhin auf **Instagram**, aber auch unseren **TikTok**-Account wollen wir weiterführen und regelmäßig bespielen. Wir wollen spezielle Formate für Social Media entwickeln. Gerade während des Wahlkampfs ist das wichtig.

Unsere **Pressearbeit** muss professioneller werden. Dafür wollen wir noch vor dem Wahlkampf einen Workshop mit einer in der Pressearbeit erfahrenen Person für unseren Landesvorstand und ggf. weitere Interessierte organisieren.

Wir wollen auch real Präsenz zeigen: In Absprache mit den Grünen Kreisverbänden wollen wir auf vielen Straßen- und Stadtteilfesten **präsent sein**, ins Gespräch kommen und Flyer und Give-Aways verteilen. Aber auch ohne Anlass wollen wir diese Gelegenheiten selbst schaffen, und zu bestimmten Themen Aktionen organisieren, bei denen wir mit Bremer*innen und Bremerhavener*innen ins Gespräch kommen. Auch auf **Demos** wollen wir weiterhin präsent sein, am besten mit eigenem Banner.

Unsere Themen auf jeder Ebene: Parteiarbeit

Die Grüne Jugend und die Grünen sind aufeinander angewiesen. Wir möchten eine gute Beziehung zur Partei pflegen, das bezieht sich in erster Linie auf den Landesvorstand und die Bürgerschaftsfraktion, aber auch auf andere Gremien wie Kreisverbände oder Arbeitsgemeinschaften. Dies tun wir nicht zum Selbstzweck, wir wollen Einblicke in die genannten Strukturen erlangen, Druck für unsere eigenen Themen aufbauen und sie besser durchsetzen können.

Unser Ziel ist es unserer Stimme als Jugendvertretung und linker Richtungsverband Gewicht zu verleihen und unseren **Einfluss** zu **erhöhen**. Wo notwendig treten wir als Korrektiv auf, als Jugendverband der Partei steht es auch in unserer Verantwortung, die Parteientwicklung, wo möglich, in die richtige Richtung zu lenken. Ob in Landesvorstandssitzungen oder auf Mitgliederversammlungen der Grünen, die Themen und Ausrichtungen der Grünen Jugend sollen gehört, respektiert und berücksichtigt werden. Gleichzeitig wollen wir eine **verlässliche Partnerin** für die Grünen sein.

Darüber hinaus wollen wir durch uns nahestehende Abgeordnete unsere Zusammenarbeit mit der Grünen **Bürgerschaftsfraktion** stärken. Ziel ist es mehr Einblick darin zu erlangen, was in Fraktion, Parlament und Senat vor sich geht und unseren Einfluss in Fraktion, Parlament und Senat zu erhöhen und unsere eigenen Themen in die drei Ebenen zu tragen.

Mehr als nur ein Kreuz machen: Unsere Kampagne zur Bürgerschaftswahl

Im **Bürgerschaftswahlkampf** werden wir mit einer eigenständigen Kampagne dabei sein. Unser Ziel ist es, als Verband zu wachsen und an politischem Gewicht zu gewinnen, aber auch unsere Themen zu setzen. Auf parlamentarischer und Regierungsebene ist unser Ziel weiterhin eine linke Mehrheit in der Bürgerschaft und im Senat. Dafür haben wir ein Wahlkampfteam eingesetzt, das auch nach der Wahl die Koalitionsverhandlungen begleiten wird. Die genauen Ziele und den Inhalt der Kampagne erarbeitet das Wahlkampfteam.

Los gehts! Lasst uns den Wahlkampf und unsere Kampagne nutzen, um als Verband stärker zu werden, und die Krisen zu bekämpfen. Wir freuen uns auf ein erfolgreiches 2023 mit euch!

A1

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand Grüne Jugend Bremen (dort beschlossen am: 27.10.2022)

Titel: **Das Stichwort lautet Solidarität!**

Antragstext

Das ganze Leben wird teurer. Beim Einkaufen im Supermarkt, bei der Heizkostenabrechnung oder bei der Suche nach einer neuen Wohnung: Überall steigen die Preise. Zudem schreitet die Klimakrise immer weiter voran und es wird viel zu wenig unternommen, um sie zu stoppen. Gleichzeitig tötet die russische Regierung in ihrem Angriffskrieg gegen die Ukraine jeden Tag Zivilist*innen, vertreibt sie und erpresst Staaten, die sich mit ihrer Energiepolitik von Russlands Gaslieferungen abhängig gemacht haben. Dem können und wollen wir nicht länger zuschauen. Es braucht jetzt linke und solidarische Antworten auf all diese Krisen!

Seit Jahrzehnten ist bekannt, dass sich unser Klima durch unser eigenes Handeln aufheizt und unsere Lebensgrundlagen bedroht sind. Genauso lange stehen Lösungen parat, um die Klimakrise einzudämmen. Doch es wird kaum etwas umgesetzt, und wenn, dann geht es meistens schleppend voran. Die Klimaenquete der Bremischen Bürgerschaft hat im letzten Jahr konkrete Handlungs- und Lösungswege für ein klimaneutrales Bremen vorgelegt. **Das muss die Basis der Politik in Bremen sein - wir fordern daher die konsequente und schnelle Umsetzung der Ergebnisse aus der Klimaenquete.**
Wir fordern, dass im Bundesland Bremen erneuerbare Energien zügig ausgebaut werden - in der Strom- wie Wärmeerzeugung. Das minimiert nicht nur den CO_2-Ausstoß deutlich und trägt zum Klimaschutz bei, sondern beendet auch die Abhängigkeiten von Diktatoren und ihren Öl- und Gasvorkommen. Das Land Bremen muss spätestens 2038 klimaneutral sein! Dafür brauchen wir auch eine umfassende Verkehrswende, die **Mobilität als Grundrecht** versteht! Dafür muss der ÖPNV stark ausgebaut und endlich ein umlagefinanzierter Nahverkehr ohne Tickets eingeführt

werden.

Zusätzlich brauchen wir endlich wirksame Instrumente gegen die immer **weiter steigenden Mietpreise**. Die immer weiter ansteigenden Preise, selbst für kleinste WG-Zimmer, sind gerade für junge Menschen ohne festes Einkommen während des Studiums, aber auch für Auszubildende mit geringen Löhnen, kaum zu stemmen. Deshalb muss sich Bremen im Bundesrat für einen bundesweiten Mietpreisdeckel für mehr bezahlbaren Wohnraum stark machen. Zusätzlich fordern wir, dass im Land Bremen Wohnungs- und Energiekonzerne vergesellschaftet werden, um private Profitinteressen der Konzerne nicht über das Grundrecht auf Wohnen zu stellen. Lebensgrundlagen gehören nicht auf den Markt!

Um das Menschenrecht auf Wohnen tatsächlich zu verwirklichen, brauchen wir noch weitere Maßnahmen, wie:

- Housing First ausweiten, sodass niemand mehr auf der Straße leben muss
- Mehr Plätze in Studierenden- und Auszubildenden-Wohnheimen
- Ein Moratorium für Mieterhöhungen, Energiesperren, Kündigungen und Zwangsräumungen bei den städtischen Wohnungsunternehmen

Schon vor der Inflation war bei vielen Menschen in Bremen das Geld knapp. Gerade junge Menschen arbeiten häufig für Mindestlöhne, geringe Ausbildungsvergütungen, oder haben gar kein Einkommen. Der Start ins Berufsleben darf aber kein Armutsrisiko sein! Darum fordern wir:

- Die Anhebung des Landesmindestlohns auf mindestens 14 Euro und eine Orientierung der Höhe am Schutz vor Armut - auch im Hinblick auf die Rente
- Die Abschaffung nicht vergüteter, schulischer Berufsausbildungen
- Die Einführung eines Tarifvertrags für studentische Hilfskräfte

All diese Krisen gehen Hand in Hand. Die Klimakrise und die Energiekrise, die Energiekrise und der Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Angriffskrieg gegen die Ukraine und steigende Preise von Lebensmitteln und mehr. **Deshalb müssen wir die Krisen immer zusammen denken - und können sie auch zusammen lösen!** Diese Lösungen dürfen nicht auf den Rücken von armen oder jungen Menschen ausgetragen werden, wie es leider schon zu oft passiert ist. Wir lassen uns nicht weiter spalten. **Das Stichwort lautet Solidarität!**

Im Hinblick auf die Wahl zur **Bremischen Bürgerschaft 2023** fordern wir deshalb alle demokratischen Parteien, und ganz besonders auch die GRÜNEN Bremen dazu auf, unserer krisenhaften Zeit mit entsprechenden Lösungen zu begegnen, und wichtige Entscheidungen und Maßnahmen nicht länger vor sich herzuschieben.

Gleichzeitig ist für uns klar: eine Koalition mit CDU und/oder FDP kommt für uns als GRÜNE JUGEND nicht in Frage. Betrachtet man die Lösungsvorschläge der beiden Parteien und ihre Politik auf Bundesebene und auch in anderen Bundesländern, kommen wir zu dem Schluss, dass sie keine adäquaten Lösungen für die derzeitigen Krisen parat haben. Es gelingt ihnen nicht, alle Menschen in ihrer Politik mitzudenken. Wir setzen uns daher **für eine linke Koalition in Bremen** ein und wollen gezielt linke Gruppen in Bremen stärken, um linke, progressive Ziele gemeinsam und stärker umsetzen können. Denn nur so kommen wir gemeinsam durch diese Krisen!